

## **Drei Fraktionen stimmten geschlossen gegen die Ortsumfahrung im Labertal**

### **- Erstmals Sitzung im HDG – Unterschiedliche Auffassungen über Notwendigkeit der Staatsstraßenverlegung – Sachliche Diskussion –**

Seit Wochen war das Planfeststellungsverfahren zur Verlegung der Staatsstraße 2142 Gesprächsthema Nr. 1 in der Bevölkerung. Nun war auch der Marktgemeinderat gefordert, sich zu diesem Projekt des Freistaates zu äußern. Wie sehr dieses Thema die Bürgerschaft bewegt, zeigte sich am Mittwochabend. Nahezu 200 Personen hatten sich im HDG eingefunden, in dem erstmals eine Sitzung des Marktgemeinderates stattfand. Am Ende sprach sich das Plenum gegen die angedachte Trasse im Labertal aus.

Erster Bürgermeister Karl Wellenhofer wies eingangs darauf hin, dass diese Thematik seit Jahrzehnten diskutiert wird und seit rund 10 Jahren ziemlich kontrovers. Er bat darum, bei dieser Sitzung Emotionen beiseite zu lassen und gab einige grundsätzliche Anmerkungen zu den vorgelegten Planfeststellungsunterlagen des Staatlichen Bauamtes. Diese Straße wäre ca. 4 Kilometer lang und enthält eine Breite von 7,50 m. Außerdem sind drei Brücken geplant, sagte der Bürgermeister, der zudem darauf hinwies, dass sich der Gesamtverlust an Retentionsraum auf rund 800 Kubikmeter beläuft, welcher durch flächige Abgrabungen wieder ausgeglichen werden soll. Auch einen historischen Rückblick von 1996 bis Januar 2017 gab Bürgermeister Wellenhofer und kam dabei auch auf die früheren Abstimmungen zu sprechen. In seinem Ausblick zu diesem Planfeststellungsverfahren informierte der Bürgermeister auch dahingehend, dass jetzt auch alle privaten Stellungnahmen der Regierung übersandt werden. Diese wird dann später einen Erörterungstermin mit den Beteiligten abhalten.

Bauamtsleiter Alois Lederer gab einen kurzen Überblick, was der Bauverwaltung bei der Durchsicht der Planungsunterlagen aufgefallen war. Ein Manko stellt dar, dass einige Verrohrungen in Niederlindhart und Westen nicht eingezeichnet sind, welche jedoch zur Ableitung des Regenwassers mehrerer Häuser und vom künftigen Neubaugebiet unbedingt aufrecht erhalten werden müssen. Auch auf die geplanten Umwidmungen ging er näher ein. Demnach würden verschiedene Teilstücke der jetzigen SR 66 sowie der St 2142 zur Gemeindestraße abgestuft.

Was folgte, waren umfangreiche Statements der Fraktionen. Freie Wähler, SPD und ÖDP hatten eine zwölfseitige Stellungnahme erarbeitet, die man wechselweise vortrug. Zweiter Bürgermeister Dr. Johann Kirchinger (FW) legte dar, dass durch die Plantrasse die Lebensqualität vieler Bürger ziemlich beeinträchtigt wird. Er befürchtete beispielsweise eine erhebliche Lärmbelästigung durch die Kreisverkehre. Dr. Kirchinger sprach zudem von einer massiven Beeinträchtigung des Erholungswertes in der Labertalau. Außerdem zeigte sich der FW-Fraktionssprecher sicher, dass sich die Verkehrssicherheit entlang der bisherigen St 2142 auch bei einer neuen Straße nicht erhöhen wird. Zudem vermutete er, dass auf der geplanten Ortsumfahrung mit einer vermehrten Anzahl von gefährlichen Tierkollisionen zu rechnen ist. Den zeitlichen Vorteil für die Benutzer der Umgehungsstraße bezeichnete er als marginal.

### **Auseinandersetzung mit Verkehrsgutachten.**

Für die SPD-Fraktion sprach Marktgemeinderat (MGR) Heinz Lanzendörfer. Er befasste sich zunächst mit den Fakten aus den Verkehrsgutachten und sagte, dass sich die Verkehrsbelastung in den letzten 18 Jahren nicht erhöht hat und die Prognosen aus den älteren Verkehrsgutachten nicht eingetreten sind. Außerdem hob er heraus, dass nur ein Drittel des Verkehrs sogenannter Durchgangsverkehr ist. Der Quell- und Zielverkehr kann nach Auffassung von Lanzendörfer von einer Ortsumfahrung nur in geringem Umfang aufgenommen werden. Durch eine Verlagerung des Durchgangsverkehrs sah er zudem wirtschaftliche Nachteile für bestehende Betriebe. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Lanzendörfer auch auf das Grundwasser ein und war der Auffassung, dass der Bau dieser Straße ungeklärte Risiken in Bezug auf die Veränderung der Grundwasserströme und des Grundwasserspiegels birgt. Zudem schloss er eine Gefährdung der Bürger durch die Lage im Hochwassergebiet der Laber nicht aus. Auch die unwiederbringliche Zerstörung des Landschaftsbildes hielt er für nicht akzeptabel.

MGR Dr. Michael Röder (ÖDP) widmete sich zunächst den negativen Auswirkungen auf zahlreiche im Labertal beheimatete Tierarten und befürchtete ein Artensterben. Zudem stellte er fest, dass die Ortsumfahrung deutliche Eingriffe in den Kaltluft-Abfluss zur Folge hat. Gleichzeitig hatte er Bedenken, dass es durch diese Straße zu Grundwasserverunreinigungen kommt. Dr. Röder vertrat zudem den Standpunkt, dass es bei einer neuen Straße nur zu einer geringen Reduzierung der Lärm- und Schadstoffbelastungen der bisherigen Anlieger der St 2142 kommt, aber zu einer Erhöhung der Belastung für künftige Anlieger. Der Sprecher der ÖDP sah auch eine Beeinträchtigung der argrarstrukturellen Belange und sagte weiterhin „Durch diese Umgehungsstraße rückt Mallersdorf-Pfaffenberg keinen Meter näher an die B 15 neu“. Tenor der genannten drei Fraktionen war, dass sich der Markt mit allen Mitteln – auch juristischen – dafür einsetzen, soll, dass diese Straße nicht gebaut wird.

### **Plädoyer der CSU für Umgehung.**

Sehr ausführlich hatte sich auch die CSU-Fraktion mit den Planfeststellungsunterlagen befasst und ebenso ein umfassendes Arbeitspapier erstellt. Die Stellungnahme der CSU trug Fraktionssprecher Markus Wargitsch vor. Er betonte, dass durch diese Umgehungsstraße nicht nur die Menschen an der jetzigen Ortsdurchfahrt entlasten werden, sondern diese auch ein wichtiges Teilstück in der überregionalen Verkehrsinfrastrukturplanung von Straubing bis zur B 15 neu bei Neufahrn darstellt. MGR Wargitsch sprach von einer deutlichen Entlastungswirkung und zeigte diese auch mit einigen Zahlen auf. Die jetzige Ortsdurchfahrt ist mit bis zu 7400 Fahrzeugen am Tag belastet und liegt damit weit über dem Durchschnitt der Staatsstraßen, sagte er. Bei einer Verwirklichung der Umgehungsstraße können nach den Worten von Wargitsch bis zu 4800 Fahrzeuge aus den Orten ausgelagert werden. Mit dem Bauvorhaben des Freistaates könnten einige Ziele erreicht werden und diese zeigte der Fraktionssprecher im Detail auf. Dazu gehören beispielsweise nicht nur eine Verkehrsberuhigung in den Ortskernen, sondern auch eine Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Mallersdorf-Pfaffenberg und eine Minimierung der Schwerverkehrsbelastung. Wargitsch räumte ein, dass die Umgehungsstraße das Aussehen des Labertales verändern wird, gab jedoch der Erhaltung der Gesundheit der Menschen Vorrang. Zudem erinnerte an die Bürgerentscheide, in denen es jedes Mal eine Mehrheit für den Bau der Umgehungsstraße gab. Aus der Sicht der CSU besteht eine moralische Verpflichtung, sich an den demokratisch gezeigten Bürgerwillen zu halten. Abschließend sah MGR Wargitsch in dieser Ortsumfahrung eine große Bedeutung für die künftige Entwicklung und bat um Zustimmung.

### **Die Abstimmungen.**

Bei der folgenden Abstimmung gab es eine 11:9 Mehrheit für die von FW/SPD/ÖDP eingereichten Vorschlag zur Ablehnung der Labertaltrasse. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde der Antrag der CSU auf Zustimmung zur vorgelegten Trasse abgelehnt. Auf Antrag von MGR Robert Fahrner wurde das Abstimmungsverhalten namentlich festgehalten.

Für den Fall, dass die Straße dennoch gebaut wird, hatte die Verwaltung insgesamt vier Forderungen erarbeitet. Darin geht es nicht nur um den Fortbestand verschiedener Verrohrungen und Gräben, sondern auch um die Erreichbarkeit aller landwirtschaftlichen Flächen. Auch der Bau einer Unterführung für Fußgänger und Radfahrer in kommunaler Sonderbaulast beim Kreisverkehr in Mallersdorf ist darin enthalten. Zudem müssen die zur Abstufung vorgesehenen Straßen in diesem Fall in einem sanierten und altlastenfreien Zustand übergeben werden. Diese Auflagen wurden jeweils mit 20:0 Stimmen angenommen.

Auch die CSU-Fraktion hatte für den Fall einer Straßenverwirklichung einige Anträge vorgelegt. Mit 16:4 Stimmen wurde deren Antrag angenommen, einen befestigten Geh- und Radweg entlang der Umgehungsstraße zu bauen. Mit 20:0 Stimmen befürwortete man zudem den CSU-Vorschlag, den bestehenden Gehweg von Mallersdorf bis zum Sportplatz zu einem Geh- und Radweg zu verbreitern. Auch die Forderung nach einem Lärmschutzwall oder einer Lärmschutzwand in einem Teilbereich von Niederlindhart, wurde von allen Markträten mitgetragen. Die geforderte Kreisverkehr-Unterführung in Mallersdorf sowie die Sanierung der an den Markt zu übergebenden Straßen waren gleichlautend mit dem Verwaltungsvorschlag und daher erübrigte sich eine weitere Abstimmung.